

Verzerrte Wahrnehmung



Ostdeutschland. Die ostdeutschen Bundesländer haben wirtschaftlich stark aufgeholt und sich in den vergangenen zehn Jahren zum Teil sogar besser entwickelt als die westdeutschen. Gleichwohl nehmen viele Ostdeutsche die Region, in der sie leben, als abgehängt wahr. Dieser Umstand spielt den extremen politischen Rändern in die Hände, die bei den anstehenden Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen mit vielen Stimmen rechnen können. Der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Carsten Schneider, nimmt im iwd-Interview deshalb auch die Unternehmer in Ostdeutschland in die Pflicht – sie sollten sich aktiv einmischen und für demokratische Parteien starkmachen.

—> [Seiten 2-7](#)

Tarifpolitik

Die Inflationsrate ist gesunken, viele Gewerkschaften fordern allerdings weiterhin ein hohes Lohnplus. Lange Laufzeiten helfen bei der Suche nach Kompromissen.

—> [Seiten 10-11](#)

Europäische Union

Rund 143 Milliarden Euro flossen 2023 aus dem EU-Haushalt an die Mitgliedsstaaten. Der größte Nettozahler war erneut Deutschland – nicht nur in absoluten Zahlen.

—> [Seiten 14-15](#)

Weitere Themen +++ Beschäftigung +++ Energieversorgung +++ Berufsausbildung +++

Top-Liste: Datenlieferanten +++ **Zahl der Woche: Ausländische Azubis**

Nur gefühlt abgehängt

Ostdeutschland. Ungeachtet der guten wirtschaftlichen Entwicklung, die in den vergangenen zehn Jahren in den ostdeutschen Bundesländern stattfand, schätzen viele Einwohner die regionale Entwicklung deutlich schlechter ein, als sie war. Insbesondere AfD-Anhänger unterschätzen die Fortschritte.

Es ist erst wenige Wochen her, als die AfD mit rund 30 Prozent bei der Europawahl zur stärksten Kraft in Ostdeutschland wurde – und das trotz veritablem Politskandal um ihren EU-Spitzenkandidaten Maximilian Krahe, der wegen Spionage- und Korruptionsvorwürfen von der eigenen Partei aus der EU-Delegation hinausgeworfen wurde. Auch das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) schaffte es aus dem Stand, bei der Europawahl gut 14 Prozent der Stimmen in Ostdeutschland zu holen.

Warum sind die extremen politischen Ränder im Osten so erfolgreich? So erfolgreich, dass Mehrheitsregie-

rungen ohne Beteiligung dieser beiden Parteien in Sachsen, Thüringen und Brandenburg, wo im September Landtagswahlen stattfinden, wahrscheinlich gar nicht zustande kommen?

Womöglich deshalb, weil ihre politischen Narrative die Gefühlslage vieler Ostdeutscher, gegenüber dem Westen vermeintlich weiterhin an zweiter Stelle zu rangieren, so gut spiegeln. Diese subjektive Wahrnehmung des anhaltenden Abgehängtseins entspricht zumindest in wirtschaftlichen Belangen nicht der Realität, wie eine aktuelle IW-Studie zeigt. Hier offenbart sich vielmehr ein flächendeckender Aufholprozess:

- Die **Arbeitslosenquote** betrug im Median im Jahr 2013 in den ostdeutschen Bundesländern 9,5 Prozent, im Jahr 2023 lag sie bei 7,8 Prozent. Betrachtet man die Beschäftigungsentwicklung über alle 400 Kreise bundesweit, zählen innerhalb dieses Zeitraums von den 76 ostdeutschen Kreisen 74 zu den Aufsteigern: In ihnen ist die Arbeitslosenquote, die 2013 im Vergleich zur bundesweiten höher war, bis 2023 überdurchschnittlich zurückgegangen.

- Auch die **Bruttoarbeitsentgelte** entwickelten sich überdurchschnittlich: Der monatliche Medianlohn lag 2014 bundesweit bei 3.020 Euro. Im Westen betrug er 3.082 Euro, im Osten 2.288 Euro. Bis zum Jahr 2022 stieg das monatliche Medianeinkommen im Westen um 585 Euro, im Osten um 735 Euro – wobei es sich auch hierbei um einen flächendeckenden Aufholprozess handelte, da von den ostdeutschen Kreisen nur ein einziger – nämlich Suhl – keine nennenswerte Einkommenssteigerung verzeichnete.

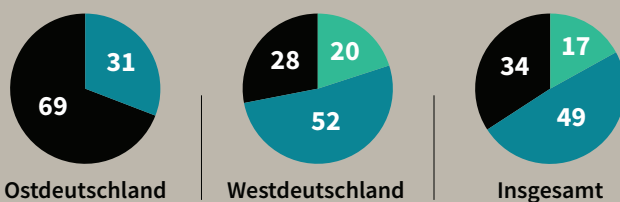
Diesen objektiven wirtschaftlichen Entwicklungen haben die IW-Forscher nun die subjektiven Wahrnehmungen innerhalb der Bevölkerung gegenübergestellt. Als zentrale Bezugsgröße dafür wählten sie die regionale Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, weil der Rückgang der Arbeitslosenquoten in den vergangenen zehn Jahren

Wirtschaftliche Entwicklung: So denken Ost- und Westdeutsche

So viel Prozent der Bevölkerung schätzen die wirtschaftliche Entwicklung während der vergangenen zehn Jahre in der Region, in der sie leben, subjektiv so ein

Lesebeispiel: 69 Prozent der Ostdeutschen geben an, in einer Region zu leben, die sich zwischen 2013 und 2023 unterdurchschnittlich entwickelt habe, obwohl sich der Arbeitsmarkt überdurchschnittlich entwickelt hat

■ Optimisten ■ Realisten ■ Pessimisten



Befragung von bundesweit 5.350 Personen ab 18 Jahren zwischen dem 26. April 2024 und dem 8. Mai 2024
 Realisten: Personen, bei der die subjektive Wahrnehmung der wirtschaftlichen Entwicklung in ihrer Region mit der objektiven Entwicklung am Arbeitsmarkt übereinstimmt.
 Pessimisten: Personen, die subjektiv die wirtschaftliche Entwicklung in ihrer Region negativer einschätzen, als sie objektiv, gemessen an der Arbeitslosenquote, ist.
 Optimisten: Personen, die subjektiv die wirtschaftliche Entwicklung in ihrer Region positiver einschätzen, als sie objektiv, gemessen an der Arbeitslosenquote, ist.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2024 IW Medien / iwd

im Osten besonders stark ausgefallen ist. Bundesweit stellen demnach die Realisten den größten Anteil: Bei knapp 50 Prozent der Bevölkerung stimmen die Realität und die subjektive Wahrnehmung der regionalen Arbeitsmarktentwicklung überein. Betrachtet man die west- und ostdeutsche Bevölkerung separat, zeigen sich die Menschen im Osten allerdings deutlich pessimistischer (Grafik Seite 2):

69 Prozent der ostdeutschen Einwohner schätzen die regionale Entwicklung in den vergangenen zehn Jahren am Wohnort schlechter ein, als es der Arbeitsmarkt zeigt.

Besonders groß ist der Anteil der „Unterschätzer“ im ländlichen Ostdeutschland: Dort beträgt er 83 Prozent, während er in den ostdeutschen Städten bei 59 Prozent liegt.

Und wie unterscheiden sich diesbezüglich die jeweiligen Parteianhänger (Grafik)?

Besonders groß ist der Pessimismus mit 79 Prozent in der ostdeutschen AfD-Anhängerschaft, gefolgt von BSW-Sympathisanten, von denen drei Viertel die Entwicklung der regionalen Wirtschaft unterschätzen.

Bei den westdeutschen Wählern zeigt sich unter den Pessimisten dieselbe Reihung wie im Osten, allerdings auf niedrigerem Niveau: Unter den AfD-Anhängern gibt es 36 Prozent Pessimisten, die wenigsten Unterschätzer verzeichnen Grünen-Sympathisanten (24 Prozent) und FDP-Anhänger (21 Prozent).

Ein möglicher Grund für den wirtschaftlichen Pessimismus in vielen ostdeutschen Regionen findet sich in

der häufig schwierigen demografischen Situation. Zwischen 2012 und 2022 wuchs die Bevölkerung in Deutschland um 3,8 Prozent. In Westdeutschland stieg die Zahl der Einwohner um 4,5 Prozent, in Ostdeutschland schrumpfte sie hingegen um 2,2 Prozent. Vor allem die ostdeutschen Landkreise verloren Einwohner. Größere Städte wie Leipzig (plus 18,1 Prozent), Potsdam (plus 16,3 Prozent) und Berlin (plus 10,9 Prozent) legten demgegenüber deutlich zu.

Dass in bevölkerungstechnisch schrumpfenden Regionen der Anteil der Pessimisten höher ist als in wachsenden, zeigt sich sowohl in West- als auch in Ostdeutschland. Die demografische Situation – geprägt durch Einwohnerrückgänge, Überalterung und Leerstand – färbt schon heute auf die Wahrnehmung der sozio-ökonomischen Lage vor Ort ab. In Anbetracht der erwarteten weiteren Alterung und Schrumpfung wird sich diese Situation gerade im ländlichen Ostdeutschland noch empfindlich zuspitzen. Um einer Abwärtsspirale entgegenzuwirken, braucht es in solchen Regionen angemessene Bildungsangebote, einen gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehr und schnelles Internet. Dies gilt im Übrigen genauso für westdeutsche Regionen mit Bevölkerungsschwund.

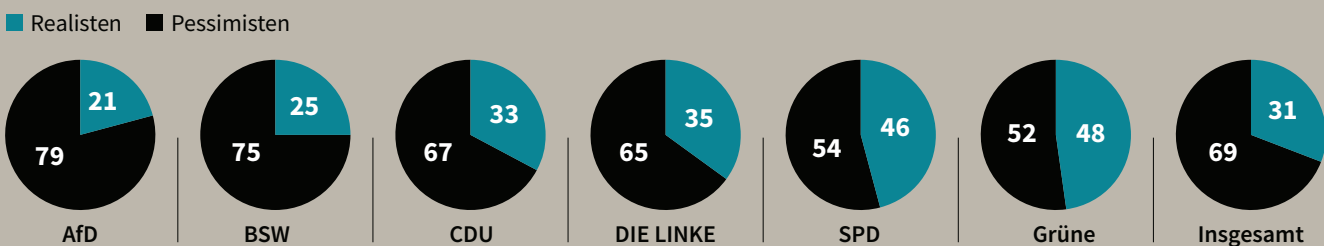
IW-Policy Paper 6/2024

Matthias Diermeier, Christian Oberst, Samina Sultan, Henrik Förster: Regionale Entwicklung im Vergleich – Wirtschaftliche Aufholprozesse in Ostdeutschland unterschätzt?
iwkoeln.de/aufholprozess-ostdeutschland

Wirtschaftliche Entwicklung: So denken die Parteianhänger im Osten

So viel Prozent der jeweiligen Parteianhänger in Ostdeutschland schätzen die wirtschaftliche Entwicklung während der vergangenen zehn Jahre in der Region, in der sie leben, subjektiv so ein

Lesebeispiel: 79 Prozent der ostdeutschen AfD-Anhänger geben an, in einer Region zu leben, die sich zwischen 2013 und 2023 unterdurchschnittlich entwickelt habe, obwohl sich der Arbeitsmarkt überdurchschnittlich entwickelt hat



Befragung von 789 Personen ab 18 Jahren in Ostdeutschland zwischen dem 26. April 2024 und dem 8. Mai 2024
 Realisten: Personen, bei der die subjektive Wahrnehmung der wirtschaftlichen Entwicklung in ihrer Region mit der objektiven Entwicklung am Arbeitsmarkt übereinstimmt.
 Pessimisten: Personen, die subjektiv die wirtschaftliche Entwicklung in ihrer Region negativer einschätzen, als sie objektiv, gemessen an der Arbeitslosenquote, ist.
 Optimisten kann es gemäß Studiendefinition im Osten – anders als im Westen – nicht geben, da alles Aufsteigerregionen sind.

Interview. Der Osten schließt wirtschaftlich immer mehr zum Westen auf – trotzdem fühlen sich viele Ostdeutsche nach wie vor abgehängt. Woran das liegt, erklärt **Carsten Schneider**, Staatsminister beim Bundeskanzler und Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland. Er plädiert dafür, den Menschen den Aufschwung besser zu vermitteln und nimmt auch die Unternehmer in die Pflicht.

„Wir müssen mehr darüber reden, wie gut sich der Osten entwickelt“

Laut einer neuen IW-Studie sind die Ostdeutschen in der Einschätzung ihrer wirtschaftlichen Lage vor Ort wesentlich pessimistischer als die Menschen in Westdeutschland. Wie kommt das?

Ich glaube, das ist die noch sehr präzente Wahrnehmung der vergangenen Jahrzehnte, die die positive Entwicklung der vergangenen Jahre überlagert. Die ostdeutschen Regionen waren in den Jahren nach der Wende von Abwanderung geprägt, auch die Arbeitslosigkeit war zunächst recht hoch. Es dauert, bis die Erkenntnis generationenübergreifend verinnerlicht wird, dass sich der Osten mittlerweile super entwickelt.

Das zeigen auch die Daten für Ostdeutschland: Die Zahl der Arbeitsplätze ist in den vergangenen zehn Jahren gestiegen, die Einkommen auch – sogar deutlich stärker als in Westdeutschland.

Ganz genau. Wir müssen alle noch viel mehr darüber reden, wie gut sich der Osten entwickelt, sodass diese positive Entwicklung den Menschen stärker bewusst wird. Es ist ein Hauptgeschäftsfeld der Parteien der politischen Ränder, den Menschen im Osten einzureden, dass sie benachteiligt sind. Das verfestigt sich natürlich mit der Zeit und bestärkt wiederum diese Parteien.

Wie lässt sich dieser Teufelskreis durchbrechen?

Die Unternehmerinnen und Unternehmer in Ostdeutschland müssen stärker politisch auftreten. Sie dürfen sich nicht in ihr Schneckenhaus zurückziehen, sondern müssen sich aktiv einmischen und für demokratische Parteien starkmachen, damit wir aus dieser Negativspirale herauskommen. Dass das viele nicht tun oder sich sogar der AfD zuwenden, liegt aus meiner Sicht

auch an einer gewissen Überforderung. Die Unternehmerschaft steht unter einem besonderen Druck, gewinnbringend zu wirtschaften – und in den vergangenen Jahren haben sich durch die Coronapandemie, den russischen Angriffskrieg und die Energiekrise die Rahmenbedingungen dafür immer wieder sehr schnell geändert.

Seit der Wende wird der Aufbau Ostdeutschlands finanziell gefördert. Können Sie grob überschlagen, wie viel öffentliche Gelder seitdem in die neuen Bundesländer geflossen sind?

Ein dreistelliger Milliardenbetrag. Ein Großteil davon steckt in der Infrastruktur. Zum Beispiel wurden Autobahnen und Schienennetze gebaut, die ja nicht nur dem Osten, sondern ganz Deutschland zugutekommen. Beispielhaft kann man hier die Bahnverbindung von Berlin nach





Foto: Bundeskanzleramt/Christina Czybik

München, die über Erfurt und Halle führt, nennen. Darüber hinaus fließen die Gelder auch in den Städtebau, Sanierungen, Forschung und Unternehmens- und Gründungszuschüsse sowie in soziale Unterstützung.

Wie viele öffentliche Gelder fließen dieses Jahr nach Ostdeutschland?

Es gibt ja keine spezifische Ostdeutschlandförderung mehr, sondern seit 2020 ein gesamtdeutsches Fördersystem. Diese Gelder werden nicht nach Himmelsrichtung verteilt, sondern nach konkreten Bedarfen. Wie viel davon in Ostdeutschland landet, schwankt also von Jahr zu Jahr.

Ein Hauptinstrument der regionalen Wirtschaftsförderpolitik ist die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur“, kurz GRW. Diese Förderung

konzentriert sich auf strukturschwache Regionen – welche das sind, wird anhand von objektiven Indikatoren wie zum Beispiel der Arbeitslosenquote und der Wirtschaftsstärke festgemacht. Um die Fortschritte dieses, aber auch vieler weiterer Förderprogramme transparent zu machen, hat die Bundesregierung in diesem Jahr den Gleichwertigkeitsbericht eingeführt. Dieser schafft einen Überblick über die wichtigsten Maßnahmen des Bundes zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse sowie einen Ausblick darüber, welche Herausforderungen noch vor uns liegen.

Wenn einerseits so viel dafür getan wird, um die Wirtschaft in Ostdeutschland zu stärken, andererseits aber ein Großteil der dortigen Bevölkerung diesen Wirtschaftsaufschwung nicht wahrnimmt – ist es dann nicht an

der Zeit, die Förderung zu überdenken?

Nein. Die objektiven Kriterien zeigen ja, dass die Förderung funktioniert und sich viele Wirtschaftsindikatoren verbessern. Wir müssen vielmehr an dem Punkt ansetzen, dass die Menschen diese positive Entwicklung auch wahrnehmen.

Wie kann das funktionieren?

Der Aufbau Ost ist nicht nur eine Frage des Portemonnaies, sondern auch der gesellschaftlichen Teilhabe und Akzeptanz. Um das vielfach noch präsente Gefühl der Benachteiligung zu überwinden, ist es wichtig, mehr Ostdeutsche in Führungspositionen zu bekommen, sowohl in Unternehmen, aber auch in der Justiz. Damit Menschen nicht das Gefühl haben, sie würden fremdbestimmt. Zum Beispiel kommen Vorsitzende Richterinnen und Richter nur zu 1,9 Prozent aus Ostdeutschland. Bei Führungskräften in der Wirtschaft und Arbeitgeberverbänden sind es 4,5 Prozent. Für die Bundesverwaltung hat die Bundesregierung ein entsprechendes Konzept vorgelegt und andere Branchen sollten nachziehen, sonst geht viel gesellschaftliches Potenzial verloren.

Mit welchen Gefühlen blicken Sie auf die anstehenden drei Landtagswahlen?

Mit gemischten Gefühlen. Fest steht, dass es ganz entscheidende Wahlen sein werden, da das Ergebnis die Entwicklung der Bundesländer längerfristig prägen wird. Insofern bin ich gespannt, für welchen Weg sich Wählerinnen und Wähler am Ende entscheiden.



Wie stehen die Unternehmer in West- und Ostdeutschland zur AfD? Wie viele unterstützen die Partei, wie viele erheben öffentlich ihre Stimme gegen sie? Antworten auf diese Fragen gibt es auf [iwd.de](https://www.iwd.de).

Gigabit für alle

Landtagswahl Thüringen. Die Bundesregierung hat sich das Ziel gesetzt, dass das Glasfasernetz bis 2030 flächendeckend ausgebaut wird. Um dies zu erreichen, muss Thüringen den Ausbau besonders kräftig vorantreiben.

In den vergangenen fünf Jahren regierte in Thüringen die rot-rot-grüne Landesregierung um Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) ohne eigene Mehrheit. Am 1. September wählt Thüringen einen neuen Landtag. Laut Umfrage der Wahlforscher von infratest dimap vom Juni 2024 wird eine Regierungsbildung schwierig, da sich weder eine rot-rot-grüne Mehrheit noch eine andere Koalition, die momentan irgendwo in Deutschland regiert, abzeichnet.

Laut Umfrage käme derzeit die AfD mit 28 Prozent auf die meisten Stimmen in Thüringen. Das neue Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW)

könnte nach der CDU auf dem dritten Platz landen und neue Mehrheiten mit CDU und SPD ermöglichen.

Dagegen würden die amtierenden Regierungsparteien deutlich an Stimmen verlieren. Und das, obwohl sich die Wirtschaftsleistung Thüringens unter der amtierenden Landesregierung – nach einem minimalen Rückgang in der Coronapandemie – gut entwickelt hat (Grafik):

Thüringens Bruttoinlandsprodukt ist seit 2019 um rund 19 Prozent gestiegen und betrug im vergangenen Jahr annähernd 36.000 Euro je Einwohner, im Jahr 2019 waren es knapp 30.000 Euro.

Das Land hat gleichwohl mit Problemen zu kämpfen, beispielsweise mit der digitalen Infrastruktur:

In Thüringen hatten im Jahr 2023 erst 14 Prozent der privaten Haushalte schnelles Internet per Glasfaseranbindung. Im bundesweiten Vergleich landet der Freistaat damit auf dem vorletzten Platz. Nur das Saarland ist noch schlechter angebunden.

Laut der 2022 beschlossenen Gigabitstrategie der Bundesregierung soll es bis 2030 in Deutschland ein flächendeckendes Glasfasernetz geben – auch im ländlichen Raum. Bereits Ende 2025 sollen 50 Prozent der Haushalte und Unternehmen per Glasfaser im Netz sein.

Für den Breitbandausbau in Thüringen stellen Bund und Land allein in diesem Jahr 330 Millionen Euro bereit. Anbieter wie die Deutsche Telekom und GlasfaserPlus planen, bis Ende 2024 in Thüringen rund 42.000 weitere Haushalte ans Glasfasernetz anzuschließen. Laut des Thüringer Ministeriums für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft werden 14.500 dieser Anschlüsse finanziell von den Kommunen und Landkreisen gefördert.

In Summe machen die geplanten Anschlüsse jedoch nur 4 Prozent der Haushalte in Thüringen aus – damit steigt die Quote der Glasfaserversorgung gerade mal auf 18 Prozent und ist damit noch immer unterdurchschnittlich.

Thüringen in Zahlen

im Jahr 2023

WAHL 2024	Thüringen	Deutschland
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Euro	35.715	48.750
Bruttoinlandsprodukt – reale Veränderung gegenüber 2010 in Prozent	14,5	17,3
Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – Veränderung gegenüber 2010 in Prozent	6,7	24,1
Arbeitslosenquote in Prozent	5,9	5,7
Glasfaserversorgung der privaten Haushalte mit mindestens 1.000 Megabit pro Sekunde in Prozent	13,8	32,1

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Gigabit Grundbuch, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

Chancen durch Erneuerbare

Landtagswahl Sachsen. CDU, Grüne und SPD wollen den Ausbau der erneuerbaren Energien in Sachsen vorantreiben, wenn sie wieder Teil der künftigen Landesregierung werden. Die sächsische Bevölkerung steht dem mehrheitlich positiv gegenüber.

Am 1. September wählt Sachsen einen neuen Landtag. Wirtschaftlich gesehen hat sich der Freistaat in den vergangenen Jahren positiv entwickelt. Unter der amtierenden schwarz-grün-roten Landesregierung ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner seit 2019 um gut 19 Prozent gestiegen. Zum Vergleich: Bundesweit stieg das BIP durchschnittlich nur um knapp 17 Prozent (Grafik):

Sachsens Wirtschaftsleistung lag im Jahr 2023 bei etwas mehr als 38.000 Euro je Einwohner, 2019 waren es noch knapp 32.000 Euro.

Im bundesweiten Vergleich rangiert das sächsische BIP je Einwohner allerdings noch immer fast 22 Prozent unter dem Durchschnitt. Denn nach wie vor gibt es zwischen ost- und westdeutschen Bundesländern strukturelle Unterschiede.

In Sachsen ist der Strukturwandel insbesondere wegen des Kohleausstiegs eine Herausforderung – zwei von vier deutschen Braunkohlerevieren liegen teilweise in Sachsen.

Gleichwohl ist auch in Sachsen die Energiewende in vollem Gange: Anfang dieses Jahres entfiel die Hälfte der mittlerweile installierten Anlagen zur Stromerzeugung auf erneuerbare Energien. Der mit Abstand größte Anteil an erneuerbarem Strom wurde in Sachsen durch Photovoltaikanlagen erzeugt (66,3 Prozent). Ausbaufähig ist dagegen die Stromerzeugung durch Wind (25,5 Prozent).

Durch einen weiteren Zubau erneuerbarer Energien profitieren bald auch die sächsischen Kommunen, da sie an den Einnahmen beteiligt werden – so hat es der sächsische Landtag im Juni 2024 beschlossen:

Für ab 2025 genehmigte Windenergieanlagen erhalten die Kommunen jährlich 0,2 Cent je erzeugter Kilowattstunde, für Freiflächensolaranlagen 0,1 Cent.

Eine moderne Windenergieanlage mit 4,8 Megawatt Leistung könnte so einer Gemeinde jährlich bis zu 40.000 Euro einbringen. Während CDU, Grüne und SPD den Ausbau der

erneuerbaren Energien in Sachsen vorantreiben wollen, will die sächsische AfD die heimische Braunkohle fördern.

Und was ist mit den Sachsen selbst? Eine Mehrheit der Bevölkerung steht dem Ausbau der erneuerbaren Energien im Freistaat positiv gegenüber. Dies ergab eine Befragung des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft im September 2023: Demnach sind 57 Prozent der Bevölkerung in Sachsen gegenüber erneuerbaren Energien sehr positiv oder eher positiv eingestellt.

Sachsen in Zahlen

im Jahr 2023

	Sachsen	Deutschland
WAHL 2024		
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Euro	38.143	48.750
Bruttoinlandsprodukt – reale Veränderung gegenüber 2010 in Prozent	17,7	17,3
Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – Veränderung gegenüber 2010 in Prozent	15,4	24,1
Arbeitslosenquote in Prozent	6,2	5,7
Glasfaserversorgung der privaten Haushalte mit mindestens 1.000 Megabit pro Sekunde in Prozent	26,7	32,1

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Gigabit Grundbuch, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder © 2024 IW Medien / iwd

Der Arbeitsmarkt von morgen

Beschäftigung. Setzen sich die wesentlichen Trends auf dem Arbeitsmarkt fort, wird die Zahl der Beschäftigten in Deutschland bis 2027 weiter steigen – das zeigt die aktualisierte IW-Arbeitsmarktfortschreibung. Zwar gehen die Babyboomer nach und nach in Rente, andere erfreuliche Entwicklungen können ihr Ausscheiden aus dem Arbeitsmarkt aber auffangen.

Erst war es die Coronapandemie, dann der Krieg in der Ukraine und die daraufhin ausgelöste Energiekrise: Ökonomen hatten es aufgrund der unerwarteten Krisen in den vergangenen Jahren wirklich nicht leicht, zuverlässige Prognosen zur Beschäftigungsentwicklung abzugeben. Bereits im vergangenen Jahr ging das Institut der deutschen Wirtschaft deshalb einen anderen Weg und entwarf die IW-Arbeitsmarktfortschreibung. Diese zeigt auf der Basis detaillierter Daten von wichtigen

Arbeitsmarktindikatoren wie Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Pendlerverhalten und Zu- und Abwanderung, wie sich die Beschäftigungssituation in Deutschland entwickeln würde, wenn die empirischen Trends der vergangenen Jahre anhielten. Wichtig dabei: Die Fortschreibung ist ausdrücklich nicht als Prognose zu verstehen, sondern zeigt, auf welchem mittelfristigen Kurs sich der Arbeitsmarkt befindet.

Nun haben die Forscher das Modell mit neuen Zahlen aktualisiert. Basierend auf den Trends der Jahre 2016 bis 2022 gibt es so einen Ausblick auf den deutschen Arbeitsmarkt bis zum Jahr 2027 (Grafik):

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland würde der Fortschreibung zufolge bis 2027 im Schnitt jährlich um annähernd 540.000 Personen wachsen.

Das ist eine Zunahme von etwa 1,6 Prozent pro Jahr. Zum Vergleich: Zwischen 2014 und 2018 wuchs die Beschäftigung jedes Jahr um mehr als 2 Prozent. Dann kam jedoch die Coronapandemie und dämpfte das Wachstum, was sich – ebenso wie der Krieg in der Ukraine – in der Fortschreibung bemerkbar macht.

Ein großer Vorteil der IW-Arbeitsmarktfortschreibung: Ihr Aufbau aus vielen einzelnen, sehr kleinteiligen Daten erlaubt es, das trendmäßige Wachstum in einzelne Komponenten zu zerlegen. So zeigt sich, dass ein noch stärkerer Beschäftigungsanstieg vor allem durch die Demografie gebremst wird – schließlich erreicht die Babyboomer-Generation nach und nach das Rentenalter; ein Effekt, der vor allem in Westdeutschland immer stärker zu spüren sein wird. Der Osten erreichte schon 2019 den Höhepunkt des demografischen Wandels.

Dass hierzulande trotzdem jedes Jahr mehr Menschen einer Beschäftigung nachgehen, liegt vor allem an zwei Komponenten: Da wäre zunächst der Trend, dass immer mehr der über 55-Jährigen arbeiten – das zeigt die sogenannte Partizipationsquote. Die wichtigste Rolle spielen allerdings Zuwanderer:

Beschäftigungsentwicklung: Bremsen und Treiber

In diesem Ausmaß tragen der IW-Arbeitsmarktfortschreibung zufolge die einzelnen Komponenten im Schnitt der Jahre 2023 bis 2027 zur Veränderung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bei

Alterung	-283.000
Todesfälle	-104.600
Rückgang der Arbeitslosigkeit	1.300
Pendlersaldo	12.700
Partizipation deutsche Männer	96.500
Partizipation deutsche Frauen	111.500
Partizipation Nicht-Deutsche	177.000
Partizipation über 55-Jährige	240.800
Zuwanderungssaldo	284.700

**Jahresdurchschnittliche
Beschäftigungsveränderung
insgesamt** 537.000

Pendlersaldo: Differenz zwischen Beschäftigten am Arbeitsort und Beschäftigten am Wohnort
Partizipation: Veränderung des Anteils der Personen der jeweiligen Bevölkerungsgruppe, der einer Beschäftigung nachgeht oder Arbeit sucht; die ausgewiesene Partizipation von Männern, Frauen und Nicht-Deutschen bezieht sich auf unter 55-Jährige

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

Setzen sich die Trends der Jahre 2016 bis 2022 fort, können neu zugewanderte Arbeitskräfte den Renteneintritt älterer Beschäftigter vollständig auffangen.

Auch der Trend der vergangenen Jahre, dass mehr bereits in Deutschland lebende Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit einen Job aufnehmen oder suchen, ist ein wichtiger Wachstumsfaktor.

Die Arbeitsmarktfortschreibung differenziert die Beschäftigungsentwicklung zudem nach Berufen. Übergeordnete Entwicklungen lassen sich erkennen, wenn man den Blick auf die 36 Berufshauptgruppen richtet, in denen die einzelnen Jobs zusammengefasst sind (Grafik):

Während die Fortschreibung in den Erziehungs- und anderen sozialen und hauswirtschaftlichen Berufen sowie der Theologie von 2022 bis 2027 ein Beschäftigungsplus von rund 380.000 Personen ergibt, zeigt sie für die Metallberufe einen Rückgang um gut 147.000 Beschäftigte.

Insgesamt zeigt der Trend nicht nur für die sozialen, sondern unter anderem auch für die sprach-, gesellschafts- und geisteswissenschaftlichen sowie die IT-Berufe nach oben, während die Perspektiven in einzelnen Industriebranchen sowie im Tourismus- und Hotelgewerbe ungünstiger sind.

Die zu erwartenden Beschäftigungszahlen sind das eine, der Arbeitskräftebedarf das andere. Schon länger haben die Unternehmen hierzulande in vielen Branchen und Berufen mit einem erheblichen Fachkräftemangel zu kämpfen. Die Fortschreibung zeigt, dass sich die Lage für die Betriebe vorerst wohl nicht verbessern wird:

Insgesamt waren 2022 bereits 553 der 1.300 Berufsgattungen Engpassberufe – also Jobs, in denen die Arbeitskräftenachfrage das Angebot übersteigt.

Bis 2027 könnte die Zahl auf 569 Berufsgattungen steigen. In vielen Berufen sind die Beschäftigungschancen also prächtig – sogar in einigen, in denen die Beschäftigung sinkt. Zum Beispiel bei den MetallbauFachkräften ist der demografische Wandel so stark, dass die Beschäftigung zwar zurückgehen dürfte, der Fachkräftemangel gleichwohl größer werden wird.

Um den Fachkräftemangel in Zukunft zu lindern, muss die Politik nun zügig die Weichen stellen. Essenziell ist, die qualifizierte Zuwanderung weiter zu stärken – etwa durch eine schnellere Visavergabe.

IW-Report 33/2024

Alexander Burstedde, Jurek Tiedemann: IW-Arbeitsmarktfortschreibung 2027 – Zuwanderung kann Alterung ausgleichen iwkoeln.de/fortschreibung-2027

IW-Arbeitsmarktfortschreibung: Das Berufe-Ranking

Veränderung der Zahl der Beschäftigten in den am stärksten wachsenden beziehungsweise schrumpfenden Berufshauptgruppen von 2022 bis 2027

■ Veränderung in Prozent		
Erziehung, soziale und hauswirtschaftliche Berufe, Theologie	380.100	19,3
Berufe in Unternehmensführung und -organisation	345.600	8,0
Medizinische Gesundheitsberufe	338.900	13,2
Verkehrs- und Logistikberufe (außer Fahrzeugführung)	285.000	13,2
Informatik-, Informations- und Kommunikationstechnologieberufe	263.300	27,1
Berufe in Recht und Verwaltung	151.100	13,3
Einkaufs-, Vertriebs- und Handelsberufe	139.800	13,4
Nichtmedizinische Gesundheits-, Körperpflege- und Wellnessberufe, Medizintechnik	121.100	13,7
Hoch- und Tiefbauberufe	102.100	16,8
Maschinen- und Fahrzeugtechnikberufe	98.000	5,6
...		
Papier- und Druckberufe, technische Mediengestaltung	-12.800	-5,0
Kunststoff-/Holzherstellung und -verarbeitung	-14.200	-2,8
Textil- und Lederberufe	-18.700	-17,0
Tourismus-, Hotel- und Gaststättenberufe	-23.400	-3,2
Metallerzeugung und -bearbeitung, Metallbauberufe	-147.200	-12,8

Berufshauptgruppen: fassen die 1.300 Berufsgattungen in 36 Gruppen zusammen

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

Geld gegen Laufzeit

Tarifpolitik. Auch wenn die Inflation in Deutschland wieder auf ein Normalmaß gesunken ist, bleiben viele Gewerkschaften bei ihren hohen Forderungen in Tarifverhandlungen. Das führt zu schwierigen Gesprächen der Sozialpartner. Ein Hebel, um Kompromisse zu erzielen, ist die Laufzeit der Vertragsabschlüsse.

Wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer um neue Tarifabschlüsse ringen, kann es schon mal etwas ruppiger zugehen. Doch so weit eskaliert wie im ersten Halbjahr 2024 sind die

Konflikte nur selten, seitdem das Institut der deutschen Wirtschaft im Jahr 2000 mit einer systematischen Erfassung begonnen hat (Grafik Seite 11):

Die durchschnittliche maximale Eskalationsstufe über alle untersuchten Branchen hinweg lag im ersten Halbjahr 2024 bei einem Wert von 3,0 und damit um 0,3 Punkte höher als im ebenfalls sehr konfliktreichen Vorjahr.

Bis zur maximalen Eskalationsstufe 7 ging es ausschließlich im Verkehrssektor. Bei der Deutschen Bahn, Eurowings, Discover Airlines und der Lufthansa befanden sich die Gewerkschaften zum Ende jeweils im von den Mitgliedern getragenen Streik.

Zählt man die einzelnen Konfliktpunkte während des gesamten Verhandlungszeitraums zusammen, liegen der Einzelhandel sowie der Groß- und Außenhandel – jeweils in Nordrhein-Westfalen – an der Spitze aller Tarifkonflikte, die im ersten Halbjahr 2024 liefen. Zwar eskalierte der Konflikt jeweils nie weiter als Stufe 4, dafür zogen sich die Verhandlungen hin – insgesamt über 14 beziehungsweise gut 15 Monate.

Dieser Trend war im ersten Halbjahr 2024 generell zu erkennen. Im Schnitt dauerte ein begonnener, fortgesetzter oder abgeschlossener Tarifkonflikt neun Monate. Zum Vergleich: Im Vorjahreszeitraum waren es nur 4,6 Monate. Die deutlich zäheren Verhandlungen haben einen Grund:

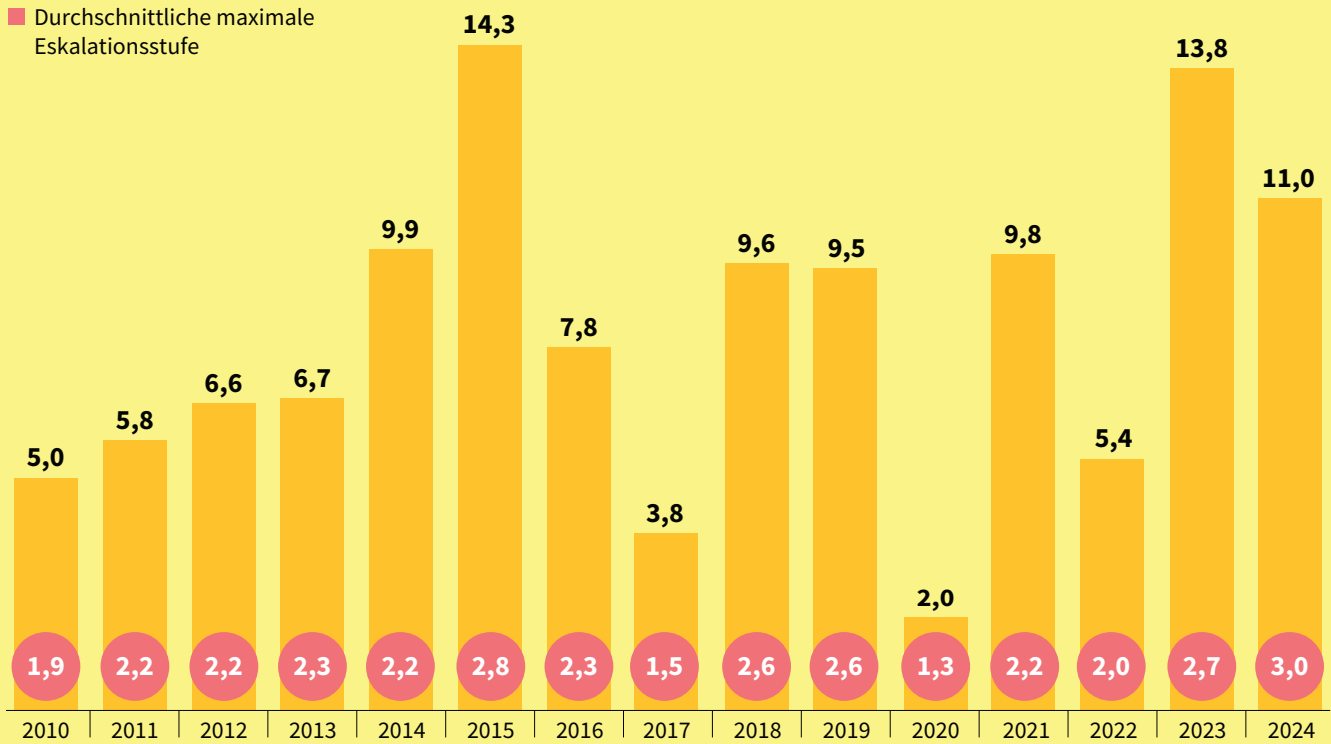
Tarifabschlüsse: Lange Laufzeiten für Entgelte

So viele Monate laufen die im ersten Halbjahr 2024 in Deutschland abgeschlossenen Entgelt-Tarifverträge in diesen Branchen



Tarifverhandlungen: Es bleibt konfliktreich

Durchschnittliche Konfliktintensität der Tarifverhandlungen in Deutschland in Punkten



2024: erstes Halbjahr; Konfliktintensität und Eskalationsstufe: Alle Konfliktbehandlungen während einer Tarifrunde werden in Eskalationsstufen von 0 bis 7 eingeteilt und mit der entsprechenden Punktzahl bewertet: 0 = Tarifverhandlung, 1 = Streik- und Aussperrungsdrohung, 2 = Abbruch der Verhandlungen, 3 = Streikankündigung oder -aufruf, 4 = Warnstreik, 5 = Scheitern der Tarifverhandlung und Schlichtung oder juristische Auseinandersetzung, 6 = Scheitern und Urabstimmung oder unmittelbarer Streikaufruf, 7 = Streik und Aussperrung. Die maximale Eskalationsstufe gibt an, bis zu welcher Konfliktbehandlung sich eine Tarifrunde zugespitzt hat. Die Konfliktintensität ergibt sich aus der aufsummierten Punktzahl aller Eskalationsstufen.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd



Die Gewerkschaften versuchen, die Lohnverluste aus der Hochinflationsphase rückwirkend auszugleichen.

Gleichzeitig leiden die Unternehmen unter der aktuell anhaltenden konjunkturellen Schwächephase. Sie sind nicht in der Lage, auf die hohen Forderungen der Gewerkschaften einzugehen, ohne eine wirtschaftliche Schiefelage zu riskieren, die Arbeitsplätze kosten kann.

Um diese schwierige Situation aufzulösen, haben die Sozialpartner einen neuen Weg gewählt, wie die Daten des IW zeigen (Grafik Seite 10):

Die neuen Tarifabschlüsse hatten zuletzt eine lange Laufzeit.

Am längsten gilt die Vereinbarung in der Flugsicherung, über ganze

51 Monate läuft der aktuelle Abschluss. Eurowings hat sich mit der Gewerkschaft für die Piloten auf einen Entgelt-Abschluss über 42 Monate geeinigt. Im Baugewerbe, dem Einzelhandel (NRW), dem Groß- und Außenhandel (NRW) sowie für das Kabinenpersonal der Lufthansa gelten die neu abgeschlossenen Vereinbarungen jeweils drei Jahre.

Der Vorteil für die Unternehmen: Die langen Laufzeiten sorgen für Planungssicherheit. Außerdem sind die Abschlüsse in der Regel mehrstufig. So lässt sich die finanzielle Belastung etwas strecken und somit leichter stemmen.

Im zweiten Halbjahr 2024 stehen in sechs Branchen des IW-Tarifmoni-

torings neue Tarifverhandlungen an. Die weitreichendste beginnt in der Metall- und Elektro-Industrie, wo die IG Metall und die Metallverbände um einen Abschluss für fast vier Millionen Beschäftigte ringen werden. Möglich, dass sich auch hier der Trend zu langfristigen Abschlüssen fortsetzt. Auch in der papiererzeugenden Industrie beginnen die Verhandlungen. In der Vergangenheit erzielten die Sozialpartner geräuschlos Abschlüsse, sodass mit keinem großen Konflikt zu rechnen ist.

IW-Report 32/2024

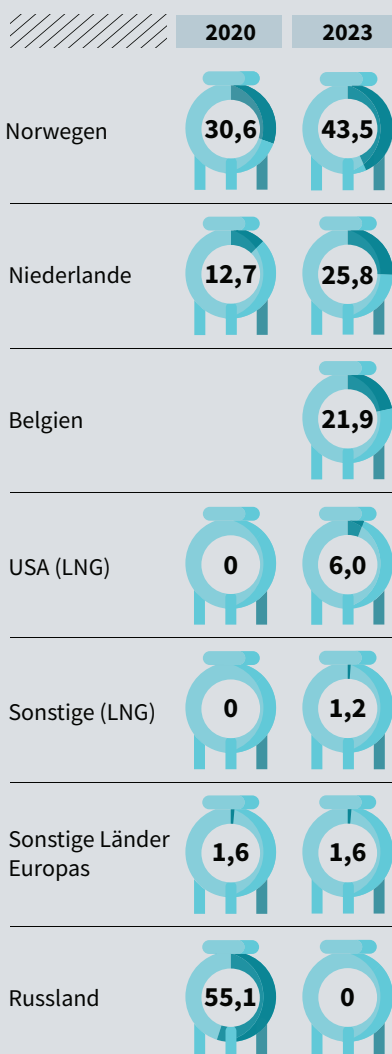
Hagen Lesch, Lennart Eckle: Nachschlagdebatten belasten Tarifverhandlungen
iwkoeln.de/tarifverhandlungen-2024

Die USA geben Gas

Energieversorgung. Durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine haben sich die weltweiten Energiemärkte verschoben. Deutschland bezieht nun unter anderem Flüssiggas aus den Vereinigten Staaten. Langfristig muss die Bundesrepublik die Versorgungsrisiken im Blick haben.

Erdgasimporte: Deutliche Verschiebungen

So viel Prozent der deutschen Erdgasimporte stammten aus diesen Ländern



Belgien: 2020 noch in sonstige Länder Europas enthalten
LNG: Flüssiggas

Quellen: BP, Bundesnetzagentur
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

Der Angriff Russlands auf die Ukraine war nicht nur weltpolitisch eine Zäsur. Er hat auch den internationalen Gasmarkt in eine Krise gestürzt. Die Preise schnellten im Frühjahr 2022 in die Höhe. Deutschland, das wie andere EU-Staaten zuvor stark von russischen Exporten abhängig war, musste sich nach neuen Gasquellen umschaun. Denn Russland stellte die Gaslieferungen in die Bundesrepublik schrittweise ein.

Neben Lieferausweitungen innerhalb Europas fand Deutschland auch in Übersee Ersatz; die USA lieferten ab 2023 Flüssiggas direkt nach Deutschland (Grafik):

6 Prozent der deutschen Gasimporte kamen in Form von Flüssiggas im Jahr 2023 aus den Vereinigten Staaten.

Das mag zunächst wenig erscheinen, doch mit dem Flüssiggas aus Amerika werden die neuen Terminals in der Nord- und Ostsee befüllt, die Deutschlands Flexibilität erhöhen. Außerdem fehlt in der Statistik amerikanisches Flüssiggas, das indirekt über deutsche Nachbarländer hier landet.

Insgesamt haben sich die USA von 2019 bis 2023 zum international größten Anbieter von Flüssiggas entwickelt. Hinter Norwegen sind die Vereinigten Staaten aktuell der zweitgrößte Gaslieferant für die EU. Für die kommenden Jahre erwarten

Ökonomen eine weitere Zunahme der US-Exporte.

Dabei gibt es allerdings ein großes Aber. Denn Anfang des Jahres verhängten die USA einen Genehmigungsstopp für neue Exportprojekte, um die Wirkung der Ausfuhren auf die Preise im Land und die eigene Wirtschaft zu untersuchen. Zwar wurde dieser Stopp inzwischen durch ein Bundesgericht gekippt, aber es zeigt sich: In der Energieversorgung muss Deutschland stets auf verschiedene Szenarien vorbereitet sein. Denn ein erneuter Anstieg der Gaspreise – etwa durch Verknappung von Flüssiggas auf den Weltmärkten – würde die schwächelnde deutsche Wirtschaft hart treffen.

Mittelfristig bleibt Gas für die deutsche Wirtschaft unverzichtbar. Die Grundstoffindustrie zum Beispiel hat bislang nur begrenzt die Möglichkeit, ihre Anlagen auf bezahlbare klimaneutrale Energieträger umzustellen. Ein möglichst schneller Ausbau der erneuerbaren Energien im Land und die damit einhergehenden sinkenden Preise für diese Energieträger würden den Umbau der Wirtschaft beschleunigen und die negativen Effekte höherer Gaspreise deutlich ausbremsen.

IW-Kurzbericht 42/2024

Malte Küper: Die Bedeutung der US-Importe für die deutsche Gasversorgung
iwkoeln.de/gasimporte

Mut zur Lücke

Berufsausbildung. Viele Unternehmen in Deutschland haben Probleme, Auszubildende zu finden. Um zumindest einen Teil ihrer offenen Ausbildungsstellen zu besetzen, machen einige Firmen Kompromisse bei der Bewerberauswahl.

Die Suche nach Azubis ist schwierig: Im Jahr 2023 konnten rund 18 Prozent der ausbildenden Unternehmen nur einen Teil, mehr als ein Viertel sogar keine der angebotenen Ausbildungsstellen besetzen.

Drei Gründe hierfür hat das IW genauer betrachtet:

1. Qualifikatorischer Mismatch:

Die Ausbildungsbewerber verfügen nicht über die von den Unternehmen gewünschte Vorbildung.

Um qualifikatorische Mismatches zu reduzieren, gehen einige Betriebe Kompromisse bei der Bewerberauswahl ein (Grafik):

Knapp 70 Prozent der Unternehmen ohne ausreichend viele Bewerbungen stellen Azubis ein, die nicht über alle geforderten Kompetenzen verfügen.

Hierbei werden unter anderem Kompromisse hinsichtlich formaler Qualifikationen wie der Höhe des Schulabschlusses gemacht.

Rund ein Viertel der Firmen bildet auch Azubis mit erheblichem Unterstützungs- und Förderbedarf aus.

Selbst Unternehmen mit ausreichend vielen Bewerbern zeigen sich flexibel: Knapp die Hälfte stellt Azubis ein, die nicht die geforderten Kompetenzen aufweisen, und sogar ein Drittel entscheidet sich für Bewerber mit erheblichem Unterstützungs- und Förderbedarf. Hierbei dürfte eine Rolle spielen, ob die Unternehmen über ausreichende Ressourcen verfügen, passende Unterstützung beispielsweise bei Lernrückständen oder Sprachschwierigkeiten zu leisten.

Trotz dieser Zugeständnisse haben viele Betriebe aber weiterhin Besetzungsprobleme. Deshalb ist es wichtig, auch andere Ursachen dafür zu beheben:

2. Regionaler Mismatch: Die Ausbildungsbewerber suchen nicht in der Region, in der die Stellen ausgeschrieben sind.

Um regionale Mismatches zu verringern, muss die Mobilität der Azubis erhöht werden. Durch das Azubi-Ticket können sie zumindest kleinere Distanzen gut überbrücken und ihren Suchradius erweitern – jedoch nur in Städten mit einem gut ausgebauten Nahverkehr.

Für Jugendliche, deren gewünschte Ausbildungsstelle weiter entfernt ist, kommt dagegen das Jugendwohnen infrage. Allerdings ist dieses Angebot, günstig am Ausbildungsort wohnen zu können, in Deutschland bisher zu selten.

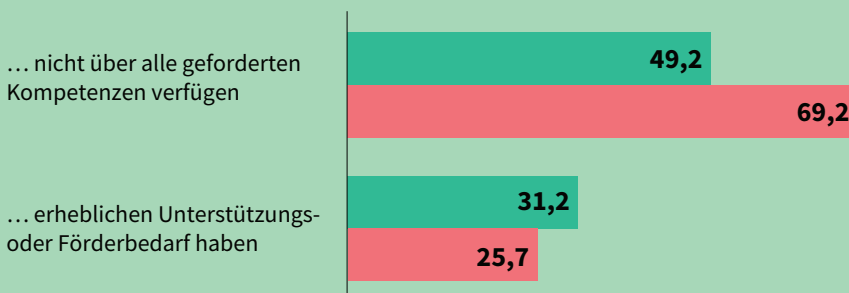
3. Beruflicher Mismatch: Die beruflichen Interessen der Bewerber passen nicht zu den angebotenen Ausbildungsstellen.

Diesem Problem können ein gutes Ausbildungsmarketing sowie Berufsorientierung mit praxisnahen Angeboten wie Praktika und Kooperationen zwischen Schulen und Unternehmen entgegenwirken.

Ausbildung trotz Defizit

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland stellen auch Jugendliche ein, die ...

- Unternehmen mit ausreichend vielen Bewerbungen
- Unternehmen ohne ausreichend viele Bewerbungen



Befragung von 590 Unternehmen zwischen dem 7. März und 3. Mai 2024 im Rahmen des IW-Personalpanels

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

IW-Kurzbericht 53/2024

Paula Rissus, Philip Herzer, Franziska Arndt:
Unternehmen gehen Kompromisse bei der Azubi-Rekrutierung ein
[iwkoeln.de/azubi-rekrutierung](https://www.iwkoeln.de/azubi-rekrutierung)

Die große Umverteilungsmaschine

Europäische Union. Der Haushalt der EU bewegt zig Milliarden Euro zwischen den Mitgliedsstaaten. Deutschland zahlte im vergangenen Jahr per saldo in absoluten Beträgen erneut am meisten in die gemeinschaftlichen Finanztöpfe ein. Zu den größten Nettoempfängern gehörte das jüngste EU-Mitglied, Kroatien.

Die EU-Staaten sind sich untereinander nicht immer grün. Bei ihren Streitigkeiten geht es meist zumindest auch ums Geld. Schließlich möchte im Rennen um knappe Finanzmittel niemand zu kurz kommen – obwohl die Mitgliedschaft in der EU letztlich allen nützt, beispielsweise in Form des Binnenmarktes.

Dennoch ist es sinnvoll zu ermitteln, welches Land wie viel Geld in den EU-Haushalt einzahlt beziehungsweise daraus erhält. Unter anderem lässt sich so klären, ob Länder mit einem vergleichbaren Wohlstandsniveau einen ähnlich hohen Zahlungssaldo verzeichnen. Die neuesten Fakten:

Im Jahr 2023 flossen insgesamt rund 143 Milliarden Euro aus dem EU-Haushalt an die Mitgliedsländer.

Finanziert werden die Ausgaben überwiegend aus den von den einzelnen Ländern gezahlten Beiträgen, die sich am jeweiligen Bruttonationaleinkommen (BNE) und an der Mehrwertsteuer bemessen.

In absoluten Beträgen war Deutschland im vergangenen Jahr einmal mehr der mit Abstand größte Financier der Union:

Per saldo zahlte Deutschland 2023 gut 17,4 Milliarden Euro in den EU-Haushalt ein, deutlich dahinter folgte Frankreich mit knapp 9 Milliarden Euro.

Der weitaus größte Nettoempfänger von EU-Geldern war im vergangenen Jahr Polen mit annähernd 8,2 Milliarden Euro, gefolgt von Rumänien und Ungarn.

Weil die EU-Länder unterschiedlich groß sind, lassen sich die Zahlungssalden besser vergleichen, wenn man sie auf die jeweilige Wirtschaftsleistung bezieht (Grafik):

Mit einem Nettobeitrag von 0,41 Prozent seines Bruttonationaleinkommens war Deutschland auch

relativ betrachtet 2023 der größte Nettozahler der EU – jedoch mit geringerem Abstand zu den Niederlanden (0,33 Prozent) und den nachfolgenden Ländern.

Im Ranking der Nettoempfänger liegen nun neben Ungarn die kleinen baltischen Staaten weit vorn. Das meiste Geld gemessen am Bruttonationaleinkommen kassierte allerdings das jüngste EU-Mitglied – Kroatien – mit unterm Strich 3,07 Prozent.

Hauptsächlich fließen die EU-Gelder in die Bereiche „Natürliche Ressourcen und Umwelt“ – also vor allem in die Agrarwirtschaft – sowie „Zusammenhalt und Werte“. Bei Letzterem geht es um die Kohäsionspolitik, also um Projekte, die in erster Linie die wirtschaftlich benachteiligten EU-Regionen unterstützen sollen.

Betrachtet man nur die Finanzströme für die Agrarhilfen, waren – wiederum gemessen am BNE – Griechenland, Bulgarien, Litauen, Lettland und Ungarn 2023 die größten Nettoempfänger. Die Bundesrepublik gehörte bei der Agrarpolitik ebenfalls zu den Nettozahlern, mit 0,16 Prozent des Bruttonationaleinkommens leistete es aber nur den fünftgrößten Beitrag. Ganz vorn lag Luxemburg mit 0,45 Prozent.

Profiteure des Kohäsionshaushalts sind vor allem die mittel- und (süd)osteuropäischen Staaten, wobei Kroatien im vergangenen Jahr mit 2,45 Prozent des BNE am meisten begünstigt war. An der Spitze der Geberliste standen in diesem Bereich zuletzt Irland, Finnland und Frankreich.

Insgesamt fällt auf, dass die EU 2023 deutlich weniger Haushaltsmittel verteilt hat als im Jahr zuvor. Das hängt vor allem mit den Kohäsionsausgaben zusammen, die im Laufe der mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) – derzeit

läuft die sechste Periode für den Zeitraum von 2021 bis 2027 – stark schwanken. So laufen Programme aus dem vorherigen MFR allmählich aus, während die Programme der aktuellen Förderperiode oft noch nicht so weit umgesetzt sind, dass Gelder fließen.

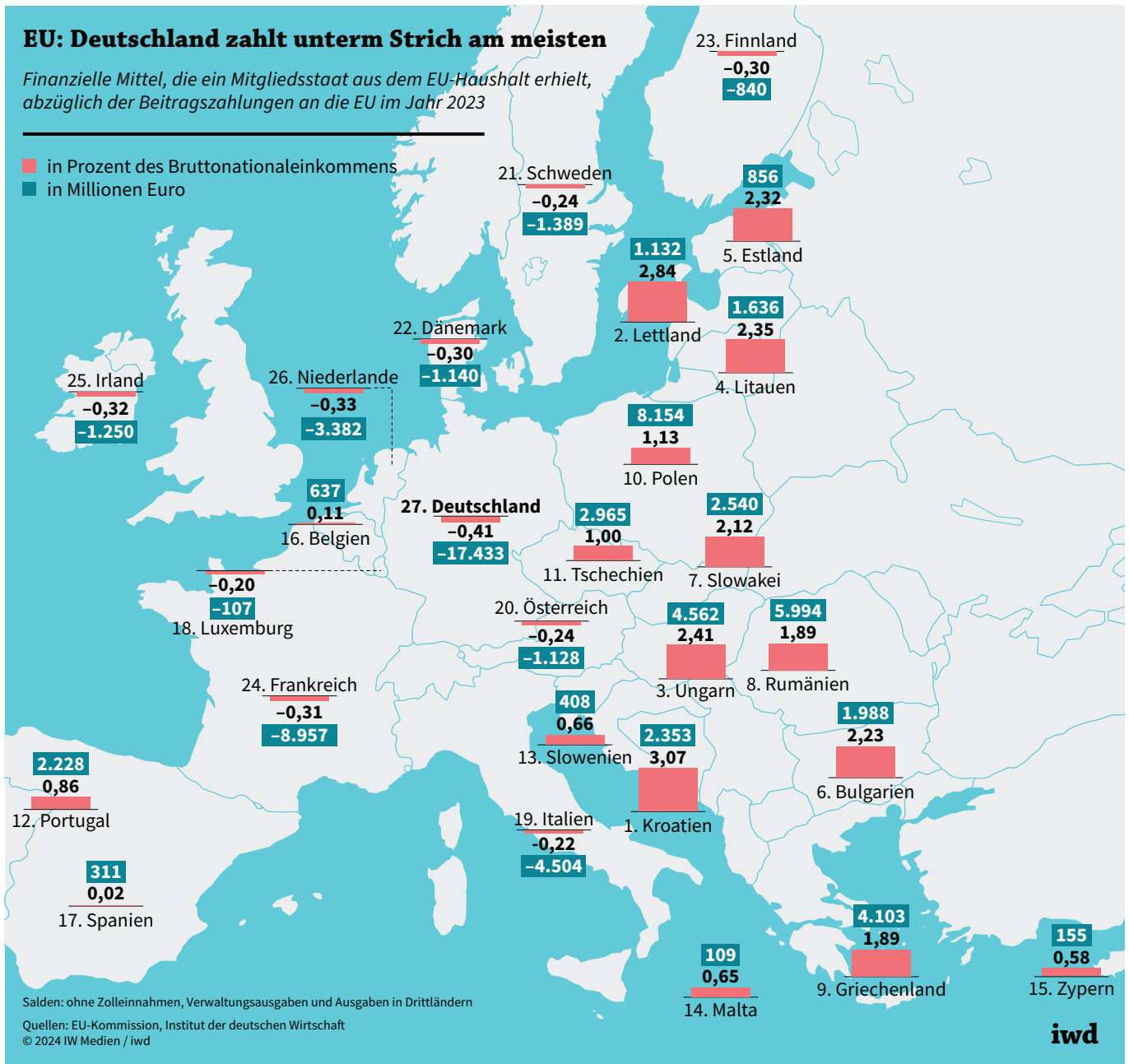
Dass Deutschland zuletzt netto weniger in den EU-Haushalt eingezahlt hat, liegt aber auch an der hierzulande schwachen Konjunktur. Bleiben die Perspek-

tiven für die deutsche Wirtschaft weiterhin so schlecht, könnten die Nettobeiträge an den EU-Haushalt weiter schrumpfen.

IW-Report 34/2024

Berthold Busch, Björn Kauder, Samina Sultan: Die EU und das Geld – Wer zahlt, wer bekommt?

iwkoeln.de/eu-haushaltssalden



Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchhoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · Redaktion: Berit Schmiendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Alexander Weber · Grafik: IW Medien GmbH
E-Mail: iwd@iwkoeln.de · Bezugspreis: € 12,99/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · Abo-Service: Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



Zahl der Woche

54.549

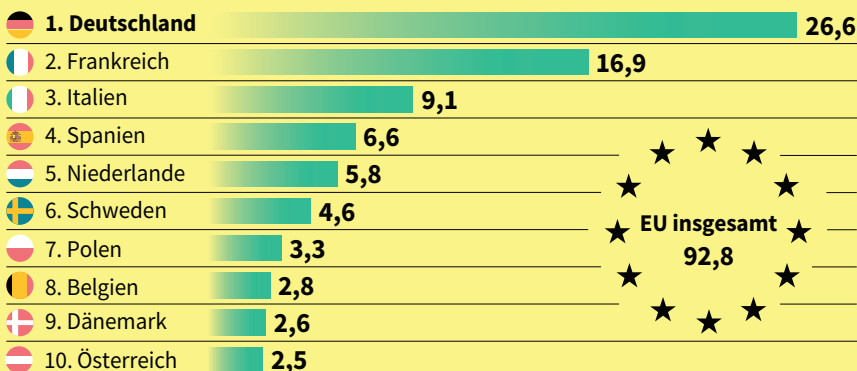
Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft haben im Jahr 2022 eine Ausbildung in Deutschland begonnen – fast doppelt so viele wie 2009. Gleichzeitig entscheiden sich immer weniger deutsche Staatsbürger für diesen Karriereweg; 2022 begannen knapp 415.000 Bundesbürger eine Ausbildung, gut 20 Prozent weniger als 13 Jahre zuvor. Die ausländischen Azubis liefern somit einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung in Deutschland. Um potenziellen Bewerbern den Zugang zum deutschen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt weiter zu erleichtern, ist eine frühzeitige Berufsorientierung entscheidend. Besonders wichtig sind für ausländische Jugendliche Informationen über die duale Ausbildung als attraktive Karriereoption, da es diese Variante in ihren Herkunftsländern oft nicht gibt. Um die Schüler zu erreichen, bieten sich die sozialen Netzwerke an. Unternehmen sollten außerdem an Orten für sich werben, an denen viele dieser jungen Menschen anzutreffen sind – zum Beispiel in Vereinen und Jugendzentren.

Top-Liste: Das Geschäft mit Daten

Die globale Datenmenge explodiert: Lag sie im Jahr 2017 noch bei 26 Zettabyte, waren es fünf Jahre später schon 104 Zettabyte. Zur Einordnung: Ein Zettabyte entspricht einer Milliarde Terabyte. Ein einstündiger Film in Standard-HD-Qualität benötigt circa ein Gigabyte an Speicherplatz, also ein Tausendstel Terabyte. Damit entspräche ein Zettabyte rund einer Billion Filme. Kein Wunder, dass da das Geschäft mit Daten boomt: Datenlieferanten setzten 2023 in der EU annähernd 93 Milliarden Euro um. Der Löwenanteil des Umsatzes entfällt mit rund einem Viertel auf Unternehmen in Deutschland, dahinter folgen Frankreich und Italien. Bis zum Jahr 2030 wird sich der gesamteuropäische Umsatz dieser Unternehmen auf bis zu 172 Milliarden Euro nahezu verdoppeln, schätzt die EU-Kommission.

Europäischer Datenmarkt: Hier entsteht der Umsatz

So viele Milliarden Euro setzten Datenlieferanten 2023 in diesen umsatzstärksten EU-Ländern um



Datenlieferanten: Firmen, die das Herstellen und Bereitstellen von Produkten, Dienstleistungen und Technologien im Zusammenhang mit digitalen Daten als primäres Geschäftsmodell haben

Quelle: Europäische Kommission
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzbericht 54/2024

Sarah Pierenkemper, Fabian Semsarha:
Fachkräftesicherung durch ausländische
Auszubildende
[iwkoeln.de/auslaendische-azubis](https://www.iwkoeln.de/auslaendische-azubis)